



Vorsitzender

Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft

Bundesverwaltung

ver.di • Paula-Thiede-Ufer 10 • 10179 Berlin

An  
Bezirksgeschäftsführungen,  
Landesbezirksleitungen,  
Landesbezirksfachbereichsleitungen,  
Bundesvorstand  
GR Präsidium

Paula-Thiede-Ufer 10  
10179 Berlin

Frank Bsirske  
ver.di Vorsitzender

Telefon: 030-6956-0  
Durchwahl: 1009  
Telefax: 030-6956-3003  
Frank.Bsirske@verdi.de  
www.verdi.de

Datum 25.07.2012  
Ihre Zeichen  
Unsere Zeichen WP/FB

## Aktivitäten 2012-2013

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,  
die ersten Vorboten einer sich verschlechternden Wirtschaftsentwicklung sind auch in Deutschland erkennbar. Aus deutscher Sicht erscheint die Krise gegenwärtig noch als die Krise der anderen, der Griechen, Iren, Spanier und Portugiesen. Aber Deutschland wickelt über 40 % seines Außenhandels in der Eurozone und 60 % in der Europäischen Union ab. Da kann die Krise der anderen schnell zur eigenen Krise werden. Und die insbesondere von Deutschland vorangetriebene Politik in Europa befördert das zurzeit massiv mit ihrer Ausrichtung auf eine Überdosis Sparen unter Vernachlässigung von Wachstumsimpulsen. Vor diesem Hintergrund wollen wir euch über eine Reihe von Aktivitäten informieren, die der Bundesvorstand für die kommenden Monate bis zur Bundestagswahl 2013 beschlossen hat. Bitte berücksichtigt dies bei eurer Arbeitsplanung.

Das sind im Kurzüberblick die Aktivitäten, die ihr in eurer Arbeit aufnehmen und umsetzen sollt:

1. Der ver.di Bundesvorstand hat mit den Landesbezirksleitungen abgesprochen, dass ver.di mit der Österreichischen Gewerkschaft GPA djp und der Schweizer Gewerkschaft Unia gemeinsame „Drei Länder Wochen“ mit Aktivitäten unter der Fragestellung „Woher kommen die Schulden?“ und dem Motto „Geld ist genug da. Umverteilung!“ in den Monaten November und Dezember 2012 veranstaltet. Ein Schwerpunkt dieser „Drei Länder Wochen“ soll in der Woche vom 5. bis 9. November 2012 liegen, in der sowohl betriebliche als auch öffentliche Aktivitäten stattfinden sollen. Ziel ist es, der Umdeutung einer Finanzmarktkrise in eine Staatsschuldenkrise entgegen zu wirken.  
**Die Fachbereiche sollen das Thema in ihre Arbeit aufnehmen und insbesondere mit den Betriebs- und PersonalrätInnen abstimmen, wie in den Betrieben das Thema aufgegriffen werden kann. Neben der Absprache über betrieblichen Aktivitäten soll mit der Ebene geplant werden, welche fachbereichsübergreifenden Aktivitäten gemeinsam ergriffen werden.**

2. Der ver.di Bundesvorstand hat ferner beschlossen, dass sich ver.di am Bündnis „Umfairteilen“ beteiligt. Hierzu hat sich ein breites gesellschaftliches Spektrum zusammen geschlossen, um eine Umverteilung von oben nach unten durchzusetzen.

**Die ver.di Bezirke sollten sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten am Aktionstag am 29. September 2012 und an weiteren Aktivitäten beteiligen. Der Rahmen des Bündnisses und die breite Beteiligung bietet gute Chancen unter Einbeziehung insbesondere der Wohlfahrtsverbände für unsere zentralen steuerpolitischen Forderungen und für die Stärkung der Daseinsvorsorge einzutreten.**

3. **Der Bundesvorstand will mit Blick auf die Bundestagswahl die Themen prekäre Beschäftigung, Altersarmut, Verteilungsgerechtigkeit und Eurokrise im Rahmen der Aktivitäten zu „Gerecht geht anders“ fortführen und zuspitzen.** Wir wollen unsere Aktivitäten im Rahmen von „Gerecht geht anders“ besser betrieblich verankern. Deshalb werden wir die Themen so aufbereiten, dass sie auch in betriebliche Aktivitäten umgesetzt werden können. Unsere Aktivitäten setzen in den Betrieben und Verwaltungen an, um betriebliche Veränderungen in Form von Vereinbarungen erreichen. Deshalb ist geplant, in jedem Fachbereich 10 bis 15 Betriebe auszuwählen in denen beispielhafte Mustervereinbarungen zu unseren Themen anzustreben sind, die als Beispiele veröffentlicht werden können. Diese betrieblichen Aktivitäten können z. B sein: Belastungsanzeigen zu veranlassen und Gefährdungsbeurteilung einzufordern, sachgrundlose Befristungen auszuschließen, Quoten bzw. Equal Pay für Leiharbeit zu vereinbaren, Regelungen zur Demografieentwicklung durchzusetzen, die alterngerechtes Arbeiten und Nachwuchsförderung verbindet, die Übernahme aller Auszubildenden nach Abschluss der Ausbildung in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zu verlangen, einen Sozialen Kodex für Unternehmen bzw. Verwaltungen einzufordern (Vergabe tarifgebunden, mindestens Mindestlohn, keine Werkverträge zum Dumpinglohn und für eigene Kerntätigkeit Equal Pay bei Leiharbeit, Partizipation).

**Nähere Informationen gehen euch im Herbst 2012 zu.**

4. **Alle Fachbereiche haben sich verpflichtet für den Europäischen Bürgerentscheid „Wasser ist Menschenrecht“ Unterschriften zu sammeln.** Bitte denkt daran, auf allen Veranstaltungen Unterschriften auf den dafür vorgesehen Listen zu sammeln.

**Weitere Einzelheiten könnt ihr dem nachfolgenden Text entnehmen.**

Mit freundlichen Grüßen



Frank Bsirske

## 1. „Drei Länder Wochen“ im November und Dezember mit Schwerpunkt in der Woche vom 5. bis 9. November 2012

Der ver.di Bundesvorstand hat mit den Landesbezirksleitungen abgesprochen, dass ver.di mit der Österreichischen Gewerkschaft GPA djp und der Schweizer Gewerkschaft Unia gemeinsame „Drei Länder Wochen“ unter der Fragestellung „Woher kommen die Schulden?“ und dem Motto „Geld ist genug da. Umverteilung!“ in den Monaten November und Dezember 2012 veranstaltet. Ein Schwerpunkt dieser „Drei Länder Wochen“ soll in der Woche vom 5. bis 9. November 2012 liegen, in der sowohl betriebliche als auch öffentliche Aktivitäten stattfinden sollen. Ziel ist es der politischen Umdeutung einer Finanzmarktkrise in eine Staatsschuldenkrise entgegen zu wirken.

Ausgangspunkt für die „Drei Länder Wochen“ war eine gemeinsame Diskussion, wie die Gewerkschaften in den drei Ländern das Thema der Eurokrise und die sozialen Folgen der Sparmaßnahmen in den europäischen Ländern und deren Auswirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung in den Betrieben mit den Beschäftigten am besten thematisieren könnte. Dabei war die Fragestellung „Woher kommen die Schulden?“ die Grundlage für das Konzept der gemeinsamen Aktivitäten. In den weiteren Beratungen über die konzeptionelle Ausgestaltung wurde wegen der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in den drei Ländern und der absehbar schlechteren wirtschaftlichen Entwicklung noch stärker der Aspekt der Vermögensverteilung und der Umverteilung von oben nach unten betont, da die **Schuldenfrage eine Verteilungsfrage ist**. Schulden stehen immer Vermögen gegenüber. In Westeuropa beträgt das private Geldvermögen 27 Billionen Euro. Die öffentliche Verschuldung in der Eurozone beläuft sich demgegenüber auf gut zehn Billionen Euro. Allein in Deutschland sind die privaten Nettovermögen in den letzten zehn Jahren um mehr als 1.100 Milliarden Euro gestiegen. Statt Reiche und Vermögende an der Finanzierung notwendiger Ausgaben zu beteiligen, wurden sie immer weiter entlastet. Dieses Geld fehlt dem Staat, der sich bei den Reichen verschulden muss. So erhöhten sich die öffentlichen Schulden um 800 Milliarden Euro. ver.di wendet sich gegen die aktuell verfolgte Politik: Von Rom bis Madrid rollt unter dem Deckmantel der Sparpolitik ein Generalangriff auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auf Rentnerinnen und Rentner sowie Erwerbslose. Das Arbeitsrecht und die Tarifautonomie kommen unter die Räder. Der Schuldenknüppel trifft die Opfer der Krise. Der europäische Fiskalpakt wird diesen Trend verschärfen. Er institutionalisiert den Abbau des Sozialstaates und das mit einer Ewigkeitsgarantie, weil man diesen Fiskalpakt selbst mit verfassungsändernder Mehrheit nicht aufheben kann, solange auch nur ein einziger der Vertragsstaaten an ihm festhalten will. Mit Volkssouveränität hat das nicht mehr allzu viel zu tun.

Die Gewerkschaften treten für Alternativen zu einer Politik der Überdosis Sparen ein, das heißt, zu werben für einen Marshallplan in den Ländern des Südens im Rahmen einer europäischen Investitionsoffensive in die Energiewende, zu werben für ein Strecken der Konsolidierungszeiträume in den Leistungsbilanzdefizitländern und zu werben für Infrastrukturinvestitionen, finanziert über eine Vermögensabgabe nach dem Muster des Lastenausgleichs der Fünfziger Jahre in der Bundesrepublik und über eine Finanztransaktionssteuer. Und das alles ergänzt um nachhaltige Binnenmarkimpulse in den Leistungsbilanzüberschussländern, insbesondere in Deutschland, durch Lohnabschlüsse eher oberhalb des verteilungsneutralen Spielraums von Produktivitätswachstum und Inflationsrate. Ergänzt um eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt und um vermehrte öffentliche Investitionen in Bildung, Umwelt und öffentliche Infrastruktur, finanziert über eine Umverteilung von oben nach unten, also eine höhere Besteuerung von hohem Einkommen, Erbschaften, Vermögen und Unternehmensgewinnen.

Diejenigen, die bisher profitiert haben, sollen zur Finanzierung einer anderen Politik herangezogen werden. In allen drei Ländern wird deshalb die Vermögensverteilung und die Umverteilung von oben nach unten ein wichtiges Thema werden, da sich ansonsten die wirt-

schaftliche Entwicklung verschlechtern und die öffentliche Haushaltssituation stark verschärfen wird, so dass ein weiterer Sozialabbau bevorsteht. Das wäre das Ergebnis, wenn die jetzt eingeleitete Austeritätspolitik in Europa fortgesetzt wird.

Europa kann sich nicht aus der Krise heraus sparen. Europa muss in seine Zukunft investieren. Dafür brauchen wir einen politischen Kurswechsel. Dabei sollen folgende Forderungen im Vordergrund stehen:

- Die ökonomisch und sozial unsinnige Überdosis Sparen muss gestoppt werden. Die Konsolidierungszeiträume in den Krisenländern müssen gestreckt werden.
- Europa braucht Investitionen in Bildung, Gesundheit, Klimaschutz und Infrastruktur. Soziale und öffentliche Dienstleistungen müssen bedarfsgerecht ausgebaut werden. Das schafft Arbeitsplätze und qualitatives Wachstum.
- Löhne und Staatsausgaben müssen – insbesondere im Überschussland Deutschland - wieder kräftig steigen. So wird die Kaufkraft gestärkt. Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn von wenigstens 8,50 Euro je Stunde. Die Tarifverträge müssen gestärkt und Lohndumping konsequent bekämpft werden.
- Wir wollen eine einmalige Abgabe auf große Vermögen und eine dauerhafte Vermögenssteuer, um die Verschuldung abzubauen.
- Hohe Einkommen und große Erbschaften, Kapitalerträge und finanzstarke Unternehmen müssen wieder stärker und Finanzmarktgeschäfte müssen endlich besteuert werden. Steuerbetrug und Steuerflucht müssen entschieden bekämpft werden.

In den „Drei Länder Wochen“ liegt der Fokus auf einem Themenschwerpunkt - einem zentralen gemeinsamen Thema „Woher kommen die Schulden sowie der Umverteilung von oben nach unten als Lösung für die Finanzierung der erforderlichen öffentlichen Ausgaben und Investitionen“. Dieser Schwerpunkt wird von der gesamten Organisation aufgegriffen - für einen begrenzten Zeitraum. In den Veranstaltungen, die im November und Dezember 2012 stattfinden, soll dieses Thema aufgerufen werden und behandelt werden. Dabei sollen insbesondere in der Woche vom 5 bis 9. November 2012 besondere Veranstaltungen organisiert werden. Ziel dieser „Drei Länder Wochen“ ist es mit vielen Beschäftigten zu diesem Thema ins Gespräch zu kommen. Die Fachbereiche sollten die Betriebs- und PersonalrätInnen von Anfang an auf den Themenschwerpunkt ansprechen, mit ihnen beraten wie das Thema im Betrieb am besten thematisiert werden kann. Die Beteiligung an den ersten grenzübergreifenden „Drei Länder Wochen“ sollte schnell abklärt und entsprechende Verabredungen mit den betrieblichen Funktionärinnen und Funktionären getroffen werden, damit im November und Dezember 2012 das Thema auf Betriebs- oder Personalversammlungen gemeinsam mit den Betriebs- und Personalräten thematisiert werden kann. Die betrieblichen Funktionäre sollen auf das Thema vorbereitet werden und können an den entsprechenden Veranstaltungen der Landesbezirke teilnehmen.

Die Ebenenbereiche sollen gemeinsam mit den Fachbereichen an zentralen Orten öffentliche Veranstaltungen und auch Verteilaktionen von Flugblättern mit besonderen Aktivitäten, z. B. Video vorführen und darüber diskutieren, organisieren.

An diesen Aktivitäten sollen sich alle Fach- und Ebenenbereiche mit haupt- und ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen so breit wie möglich beteiligen. Alle aus der Organisation, die Interesse daran haben in den „Drei Länder Wochen“ aktiv zu werden, sollen mitwirken können. Die Aktivitäten sollen zur Ansprache auf eine Mitgliedschaft bei ver.di genutzt werden. Nach dem Motto: Die Profiteure der Spekulation sollen zahlen. Wir brauchen Soziale Gerechtigkeit für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Deshalb jetzt die Gewerkschaften unterstützen und Mitglied werden!

Wir wollen in diesem Zeitraum möglichst viele Mitglieder für uns gewinnen.

Die hauptamtlichen und ehrenamtlichen Akteure in den „Drei Länder Wochen“ sollen inhaltlich auf die Diskussion über das Schwerpunktthema vorbereitet werden. In den Monaten September und Oktober 2012 sind deshalb Informationsveranstaltungen vorgesehen. Diese Veranstaltungen werden im Wesentlichen über die Landesbezirke organisiert und angebo-

ten. Bei diesen Veranstaltungen werden jeweils auch Kolleginnen und Kollegen von den beteiligten Gewerkschaften aus Österreich und der Schweiz für Informationen und zur Diskussion zur Verfügung stehen.

Für die „Drei Länder Wochen“ ist der Aufbau und die Gestaltung einer Internetseite geplant. Wir wollen zu diesem Thema einen Videoclip produzieren, der die Vermögensverteilung und Umverteilung aufgreift (ähnlich wie der Videoclip zur Finanzkrise vom Bundeskongress, der ebenfalls noch einsetzbar ist – <http://www.verdi.de/ueber-uns/bundeskongress/++co++cd44df24-df91-11e0-7e11-0019b9e321cd> oder <http://www.youtube.com/watch?v=NCLTnacLHqw>). Darüber hinaus sind ein Flugblatt, Plakate, ein Foliensatz für Vorträge sowie eine Hintergrundbroschüre dazu geplant.

Es wird eine Liste von ansprechbaren Referentinnen und Referenten zu dem Schwerpunktthema zur Verfügung gestellt, dabei sind auch Kolleginnen und Kollegen aus Österreich und der Schweiz aufgeführt, die ebenso gerne für Vorträge in Deutschland zur Verfügung stehen.

Zu Beginn der „Drei Länder Wochen“ Anfang November ist in jedem der Länder eine Pressekongferenz (Wien, Berlin und Zürich) mit den Vorsitzenden der drei Gewerkschaften geplant.

**Die Fachbereiche sollen das Thema in ihre Arbeit aufnehmen und insbesondere mit den Betriebs- und PersonalrätInnen abstimmen, wie in den Betrieben das Thema im November und Dezember 2012 aufgegriffen werden kann, z. B. auf einer Betriebs- oder Personalversammlung, auf einer Mitgliederversammlung, durch Arbeitsplatzbesuche mit Gesprächen. Neben der Absprache über betrieblichen Aktivitäten soll mit der Ebene geplant werden, welche fachbereichsübergreifende Aktivitäten gemeinsam ergriffen werden.**

## 2. Bündnis UMFARTEILEN

Der ver.di Bundesvorstand hat des Weiteren beschlossen im Bündnis „Umfairteilen“ mit zu arbeiten. Träger des Bündnisses sind neben der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di der Paritätische Gesamtverband, Sozialverband VDK, Sozialverband Deutschland SoVD, Volkssolidarität, Arbeiterwohlfahrt, medico international, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW, DGB Jugend, Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, attac, Campact, Natur Freunde Deutschlands, Katholische Arbeitnehmer-Bewegung, Kairos Europa, Alevitische Gemeinde Deutschland, Föderation Demokratischer Arbeitervereine (DIDF), Bundesverband der Migrantinnen in Deutschland e.V., freier Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs), SJD - Die Falken, Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Vermögensteuer jetzt!, Appell für eine Vermögensabgabe. Darüber hinaus gibt es politische Unterstützer Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, Jusos in der SPD, Linksjugend [solid], Grüne Jugend, Feministische Partei Die Frauen, Deutscher Kinderschutzbund, Sodi Solidaritätsdienst international, Die Linke.SDS, WEED - Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V., mikrofairkel.de, Bundesverband Deutsche Tafel e. V. Die SPD überlegt noch, ob sie ebenfalls als Unterstützer des Bündnisses auftreten wird. <http://www.umfairteilen.de/>

Ziel ist es im Vorfeld und nach der Bundestagswahl 2013 wirksamen politischen Druck zu entwickeln. Insbesondere soll eine einmalige Vermögensabgabe und die Wiedereinführung der Vermögensteuer gefordert werden. Im Herbst soll das Bündnis öffentlichkeitswirksam parallel in mehreren Städten erstmals sichtbar werden. Geplant ist ein Aktionstag am 29. September 2012 mit Kundgebungen und Aktionen in einer größeren Zahl von Städten. Dies sind derzeit Berlin, Bochum, Bremen, Frankfurt Main, Hamburg, Köln, München und Regensburg. Dabei sollen auch Probleme der Landesfinanzen (Schuldenbremse) und kommunale Finanznot angesprochen und als Antwort die Besteuerung großer Vermögen propagiert werden.



ver.di und HBS haben ein Gutachten zu den verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen von Vermögensabgaben in Auftrag gegeben, das noch im Sommer vorgestellt werden soll. Die Initiativen „Vermögenssteuer jetzt“ und „Appell Vermögender“ für eine Vermögensabgabe wollen gemeinsam ein Konzept vorstellen, wie eine Vermögensabgabe und Wiedereinführung der Vermögenssteuer ausgestaltet sein könnten. Dezentral und durch einzelne Organisationen des Bündnisses sollen weitere Aktionen stattfinden. In der Diskussion ist ein Massen-Appell/Petition an die Landesparlamente, Bundesratsinitiativen zur Wiedereinführung einer Vermögenssteuer zu beschließen. Ziel ist, die Forderungen nach Umverteilung, Besteuerung des Reichtums und insbesondere nach Vermögensabgabe und Vermögenssteuer in den Wahlprogrammen zu verankern, im Wahlkampf zu einem wichtigen Thema und anschließend Druck auf den neu gewählten Bundestag zu machen, um die Koalitionsverhandlungen entsprechend zu beeinflussen, damit eine neue Bundesregierung die Forderungen von uns aufgreift und umsetzt.

**Die ver.di Bezirke sollten sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten an den Aktivitäten beteiligen. Der Rahmen des Bündnisses und die breite Beteiligung bietet gute Chancen unter Einbeziehung insbesondere von Wohlfahrtsverbänden für unsere zentralen steuerpolitischen Forderungen zur Stärkung der Daseinsvorsorge einzutreten. Wir wollen einen handlungsfähigen und aktiven Sozialstaat, der sozial gerecht finanziert wird, um den sozialen und ökologischen Umbau mit verstärkten Investitionen in Bildung, Gesundheit, Umwelt und öffentliche Infrastruktur voran zu bringen. Vielleicht können bereits bestehende örtliche Bündnisstrukturen dazu aktiviert werden.**

Zusätzlich plant ver.di mit attac gemeinsam einen Kongress zur Umverteilung im Mai 2013 in Berlin zu veranstalten.

### **3. Fortsetzung der Aktivitäten von „Gerecht geht anders“ mit Blick auf die Bundestagswahlen 2013**

Der Bundesvorstand will mit Blick auf die Bundestagswahl die Themen prekäre Beschäftigung, Altersarmut, Verteilungsgerechtigkeit und Eurokrise im Rahmen der Aktivitäten zu „Gerecht geht anders“ fortführen und zuspitzen. Gleichzeitig sollen diese Themen nicht nur politisch, sondern auch betrieblich bearbeitet werden, um sie in betriebliche Aktivitäten und betriebliche Veränderungen in Form von Vereinbarungen umzusetzen. In jedem Fachbereich sollten 10 bis 15 Betriebe ausgewählt werden, in denen vorrangig Mustervereinbarungen zu den Themen geschlossen werden, die als Beispiele veröffentlicht werden können.

Dabei sollen alle möglichen Handlungsträger der betrieblichen Initiativen/Aktionen einbezogen werden. Unter Berücksichtigung der Möglichkeit der inhaltlichen Bearbeitung durch alle Fachbereiche sind als betriebliche Aktionsinitiativen beispielhaft denkbar:

1. Belastungsanzeige der Beschäftigten veranlassen (Beschäftigte/Betriebsgruppen, VL) und Gefährdungsbeurteilung einzufordern (BR, PR, MAV),
2. Ausschluss von sachgrundloser Befristung fordern (BR, PR, MAV, Tarifliche Regelung),
3. Quote bzw. Equal Pay für Leiharbeit einfordern (BR, PR, MAV, Tarifliche Regelung),
4. Regelungen zur betrieblichen Demografieentwicklung – alternsgerechtes Arbeiten und Nachwuchsförderung – verlangen (BR, PR, MAV, Tarifliche Regelung),
5. Übernahme der Auszubildenden nach Beendigung der Ausbildung in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis fordern (BR, PR, MAV, JAV, Tarifliche Regelung) und
6. einen Sozialen Kodex für das Unternehmen, die Verwaltung einfordern (Vergabe tarifgebundene, mindestens Mindestlohn, keine Werkverträge zum Lohndumping und für eigene Kerntätigkeit Equal Pay bei Leiharbeit, Partizipation) – (BR, PR, MAV – Aufsichtsrat, Verwaltungsrat).

Dafür wird derzeit an Materialien und Hilfestellungen gearbeitet. Nähere Informationen gehen euch im Herbst 2012 zu.

#### 4. **Europäischer Bürgerentscheid „Wasser ist Menschenrecht“**

ver.di hat im Juni 2012 gemeinsam mit anderen Organisationen die erste europäische Bürgerinitiative gestartet. Dieses durch den europäischen Gewerkschaftsbund (EGÖD) initiierte Bürgerbegehren, das am 1. April 2012 eingereicht wurde, ist von der EU-Kommission am 10. Mai 2012 registriert worden. Die Ziele der Initiative sind:

1. Wasser und sanitäre Grundversorgung als Garantie für alle Menschen in Europa.
2. Keine Liberalisierung der Wasserwirtschaft.
3. Universeller (globalerer) Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung.

Wasser ist ein öffentliches Gut und keine Handelsware.

Für die Bürgerinitiative müssen in Europa innerhalb eines Jahres 1 Mio. Unterschriften gesammelt werden. In Deutschland wollen wir mehr als 150.000 Unterschriften für die Bürgerinitiative gewinnen.

Bitte denkt daran, auf allen Veranstaltungen auch für die Kampagne zum europäischen Bürgerentscheid „Wasser ist Menschenrecht“ Unterschriften auf den dafür vorgesehenen Listen zu sammeln. Bitte achtet auch darauf, dass die Anforderungen der EU-Kommission bei den Unterschriftenlisten eingehalten werden und alles ordnungsgemäß ausgefüllt ist

<http://www.verdi.de/themen/internationales/wasser-ist-menschenrecht>.